



Beschlusskammer 8 – Netzentgelte Strom –

Informationsschreiben 04/2022

1: Verlustenergie ab 2024

Die Beschlusskammer wird am 25. Mai das Verfahren zur Festlegung der Verlustenergiekosten für VNB als volatile Kostenanteile mit einigen Eckpunkten förmlich einleiten (erscheinen Amtsblatt, auch auf der Internetseite der BK8/Aktuelles). Damit soll aus Gründen der Berechenbarkeit, wenn auch ohne Vorwegnahme des Ergebnisses der Konsultation, für die Branche frühzeitig erkennbar werden, dass die Beschlusskammer ein mit der 3. Regulierungsperiode vergleichbares Modell anstrebt. Dieses hat sich nach Auffassung der Beschlusskammer bewährt und es ist vom BGH bestätigt worden. Es ermöglicht insbesondere auch die automatische und angemessene Nachholung der Preisschwankungen, die wir aktuell bei der Beschaffung der Verlustenergie sehen. Der Entwurf einer Festlegung wird auf Basis einer Auswertung der Daten zu Verlustenergie aus den EHB zur Kostenprüfung vss. im 3. Quartal 2022 zur Konsultation gestellt.

2: FAQ zum Webinar

Am 28. April fand das Webinar zur Kostendatenabfrage bei Elektrizitätsnetzbetreibern für die vierte Regulierungsperiode statt. Das ganze Webinar kann über der [Homepage](#) der Beschlusskammer 8 erneut angeschaut und –gehört werden. Auf dieser Seite sind auch die FAQ aus dieser Veranstaltung veröffentlicht.

3: Veröffentlichung von Beschlüssen

Die Transparenz ihres Handelns ist der Bundesnetzagentur wichtig. Wir handeln im öffentlichen Auftrag und nehmen öffentliche Interessen durch die Regulierung der Betreiber von Energieversorgungsnetzen wahr. Die Bundesnetzagentur ist gem. § 74 EnWG auch gesetzlich verpflichtet, ihre Beschlüsse zu veröffentlichen. Die Beschlusskammer 8 veröffentlicht regelmäßig den Tenor und die Begründung der Beschlüsse. In der [Beschlussdatenbank](#) der Bundesnetzagentur sind für die Beschlusskammer 8 mittlerweile über 4.300 Beschlüsse veröffentlicht.

Gleichzeitig ist die Behörde verpflichtet, berechnete Interessen von regulierten Unternehmen oder Adressaten von Entscheidungen am Schutz ihrer personenbezogenen Daten oder von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zu wahren. Der umfassende Informationsanspruch der Behörde gegenüber dem regulierten Unternehmen kann nicht eins-zu-eins in einen öffentlichen Informationsanspruch überführt werden. Dies ergibt sich aus § 71 EnWG und § 30 VwVfG.

Die Beschlusskammer prüft die von Unternehmen vorgenommenen Schwärzungen standardmäßig anhand der bestehenden [Veröffentlichungspflichten gem. § 23b EnWG](#). Die Begründung verbleibender Schwärzung soll unter Verwendung einer tabellarischen Darstellung erfolgen. Ein elektronisches Musterformblatt findet sich auf der [Homepage](#) der Beschlusskammer 8. Für den Fall, dass ein Unter-

nehmen einer **vollständig ungeschwärzten Veröffentlichung** des Beschlusses zustimmen, bitten wir Adressaten unserer Bescheide um entsprechende Rückmeldung innerhalb von 6 Wochen ab Zugang des Beschlusses an die E-Mail-Adresse: poststelle.bk8@bnetza.de.

Die Beschlusskammer behält sich vor, Schwärzungen der Unternehmen auch nach Veröffentlichung der Beschlusskammerentscheidung zu überprüfen. Sollte sich herausstellen, dass Daten oder Informationen unberechtigt geschwärzt wurden, wird die Beschlusskammer auf eine weitergehende Transparenz der öffentlichen Fassung hinwirken.

4: Kurzantrag Kapitalkostenaufschlag 2023 – Fristverlängerung

Das vereinfachte Antragsverfahren für den Kapitalkostenaufschlag für den KKAuf 2023 wurde gut angenommen. Einige Unternehmen haben signalisiert, dass sie dieses Format gerne in Anspruch nehmen wollen, eine fristgerechte Abgabe zum 29. April aber wegen interner Abläufe nicht möglich war. Die Beschlusskammer hat sich daher dazu entschlossen, die Frist noch einmal zu verlängern und alle **bis zum 31. Mai 2022** eingehende Kurzanträge für den Kapitalkostenaufschlag 2023 zu würdigen. Die Beschlusskammer wirbt daher nochmals für dieses Format als Entlastung aller Beteiligten im Rahmen der Kostenprüfung Strom für die vierte Regulierungsperiode.

5: Übergangssockel – 4. Regulierungsperiode

Mit Beschluss des Bundesrats vom 25.06.2021 wurde anknüpfend an die Übergangsregelung des § 34 Abs. 5 ARegV aus der 3. Regulierungsperiode mit § 34a ARegV für die Dauer der vierten Regulierungsperiode eine Härtefallregelung in die ARegV aufgenommen.

Damit soll Verteilernetzbetreibern in außerordentlichen Fällen die Möglichkeit eröffnet werden, besondere Härten durch den Übergang auf den Kapitalkostenabgleich geltend zu machen und für die 2024 beginnende 4. Regulierungsperiode zusätzliche Erlöse zu erhalten.

Voraussetzung nach § 34a ARegV ist, dass die VNB eine besondere Härte durch den Übergang auf den Kapitalkostenabgleich nachweisen. Die Voraussetzungen sind in der gesetzlichen Regelung klar definiert ([LINK](#)). Geprüft werden nur die Zugangsvoraussetzungen in das Verfahren (das „Ob“ der besonderen Härte), der wirtschaftliche Ausgleich (das „Wie“) erfolgt im Rahmen der Berechnung des Kapitalkostenabzugs für die 4. Regulierungsperiode.

Ein Antrag eines VNB für den Strombereich ist **bis spätestens zum 30. Juni 2023** zu stellen. Die Beschlusskammer 8 will auch hier einen möglichst langen Zeitraum für die interne Prüfung der Voraussetzungen und Antragstellung eröffnen und einen Erhebungsbogen in Kürze veröffentlichen. Verteilernetzbetreibern Strom in Bundeszuständigkeit sowie aus den Ländern Berlin, Brandenburg, Bremen oder Schleswig-Holstein (Organleihe) können ihre Anträge dann frühzeitig, gerne auch schon in 2022, stellen.